

Egon Bahr im Interview

Ein Gespräch über die deutsche Einheit, Sanktionen gegen Russland, die ausgeschlossene NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Rot-Rot-Grün in Thüringen. **Seiten 18 und 19**

Fotos: dpa/Maurizio Gambarini (l.), dpa/Jörg Carstensen (r.)

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 15./16. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 266 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wider besseres Wissen

Simon Poelchau über den Entwurf zum ausgeglichenen Haushalt

Jetzt. Endlich. Hat er es geschafft. Am frühen Freitagmorgen segnete der Haushaltsausschuss des Bundestages den Etatentwurf von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ab. Lassen wir dem Langzeitminister seine Stunde des Ruhms, wider besseres Wissen für das Jahr 2015 den ersten Haushalt ohne Schulden seit 1969 durchgeboxt zu haben.

Schließlich weiß mittlerweile landauf, landab fast jedes Kind, dass Schäubles Schwarze Null auf extrem wackligen Füßen steht. Schon ein etwas größerer Konjunkturerinbruch, der zu weniger Steuereinnahmen und mehr Arbeitslosen führt, wird es der Schwarzen Null ziemlich schwer machen, standhaft zu bleiben. Dass dies gar nicht so unrealistisch ist, zeigen die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Zudem darf man sich bei gesundem Menschenverstand fragen, welchen Zweck der Entwurf eines ausgeglichenen Haushalts in Zeiten niedrigster Zinsen auf Staatsanleihen überhaupt haben soll. Denn damit dieser erreicht werden kann, werden marode Straßen und Schulgebäude weiter vor sich hin bröckeln. Auch Geringverdiener werden im Winter frieren müssen, weil offenbar die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses im Namen der Schwarzen Null gestrichen wurde.

So kann sich Schäuble zumindest bei einer Sache ziemlich sicher sein: dass seine Schwarze Null irgendwann als eine der größten Nullnummern in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen wird.

UNTEN LINKS

Wem Tatort und Polizeiruf am Sonntag in zwischen zu langweilig geworden sind, der kann sich jetzt seinen eigenen Krimi machen. Mit der **Fahndungs-App** ist man auch ohne Fernsehen mitendrin im kriminellen Alltag der Republik. Wer auch immer gesucht wird – ob es der Kupferdieb in der Eifel ist, der Zigaretten-schmuggler an der polnischen Grenze, der sächsische Metamphetaminbastler oder die Dissertationsfälscher aus dem Bundestag –, sie alle haben jetzt nicht nur Kriminalhauptkommissare und Bundeskriminalamt auf dem Hals, sondern alle Apper dieses Landes. Ausgerüstet mit den Konterfeis der flüchtigen Verbrecher, macht doch der Urlaub im Schwarzwald gleich noch mehr Spaß. Und wenn dann mal aus Versehen der Fälscher verhaftet wird, weil die Bilderkartei der Gesuchten auf dem I-Phone so undeutlich rüberkommt – auch kein Problem. Übung macht den Meisterjäger! Solange es die Schieß-App noch nicht gibt, ist es ja auch ungefährlich. *ott*



Fotos: imago/IPON, 123rf/denispro74

Berlin. »Haushaltspolitisch Geschichte geschrieben«, »historisches Ereignis«: Finanzpolitiker von Union und SPD überboten sich am Freitag in der Begeisterung über den Bundesetat für 2015. 14 Stunden lang hatte zuvor der Haushaltsausschuss des Bundestages bis tief in die Nacht um Einzelposten des Finanzplans gestritten und gefeilscht. Das oberste Ziel von Finanzminister Wolfgang Schäuble war für die Koalition dabei unumstritten: ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung.

Trotz dieser finanz-ideologischen Maxime wurde die so genannte Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses ein Basar für alle

möglichen Lobbyinteressen. Immer wieder drangen Meldungen darüber nach draußen, wer für welchen Zweck schnell noch ein paar Millionen gesichert hatte. Beispielsweise erhalten die Curlingsportler, die schon um ihre Zukunft gefürchtet hatten, nun 15 Millionen Euro mehr als geplant. Das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe bekommt wie etliche andere Kultureinrichtungen Mittel für die Sanierung. Berlin kann sich über die komplette 200-Millionen-Euro-Finanzierung durch den Bund für ein neues Museum der Modernen Kunst freuen – die Frage dürfte hier vor allem sein, um wie viele Millionen das Projekt

am Ende teurer wird. Das Bundesamt für Migration wird angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen um 300 Stellen erweitert. Wer allerdings keine Lobby hatte, fiel durch: Laut einer Mitteilung der Grünen wird der eigentlich vorgesehene Heizkostenzuschuss für Geringverdiener doch wiederbelebt.

Finanzminister Schäuble indessen ist von der Schwarzen Null, in der er offenbar ein politisches Vermächtnis sieht, so begeistert, dass er sie auch bei den Planungen für die Folgejahre durchsetzen will. Dabei ist die Schwarze Null nicht mehr als eine Wette auf eine Art Daueraufschwung. *wh*

Seite 4

Obama mit Dekret gegen Abschiebung

USA: Hoffnung für Millionen illegale Immigranten / Republikaner wollen Einwanderungsreform verhindern

Nach einem Bericht der »New York Times« will USA-Präsident Obama bis zu fünf Millionen illegale Einwanderer in den Vereinigten Staaten per Dekret vor der Abschiebung bewahren.

Von Olaf Standke

Fast auf den Tag genau vor 60 Jahren wurde das Aufnahmegerät Ellis Island im Hafen von New York geschlossen. Über ein halbes Jahrhundert war es Menschen aus aller Herren Länder ein Tor der Hoffnung. Für Hunderttausende allerdings zerstoß der Traum von der Freiheit gleich wieder hinter der Freiheitsstatue. Sie wurden abgewiesen. Damals wie heute tut sich das Einwanderungsland USA durchaus schwer mit seinen Immigranten. Nun will Präsident Obama bis zu fünf Millionen von ihnen davor bewahren, abgeschoben zu werden.

Damit geht er schon kurz nach der Niederlage seiner Demokraten

bei den Kongresswahlen auf Konfrontationskurs zu den Republikanern. Bereits beim ersten Treffen im Weißen Haus nach dem Urnengang warnte der neue konservative Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell, den Präsidenten vor einseitigen Schritten bei der Einwanderungsreform. Für Gesetze fehlt Obama die parlamentarische Mehrheit. Deshalb will er jetzt per Dekret eingewanderten Eltern, deren Kinder durch Geburt in den USA die Staatsbürgerschaft besitzen, das Verbleiben ermöglichen. Ein solcher Erlass (Executive Action) braucht keine Kongresszustimmung. Mit ihm könnten zudem viele Arbeitsgenehmigungen erhalten, wobei sich für Immigranten mit guten Technologiekenntnissen besondere Chancen eröffnen sollen.

Eine entsprechende Order an die 12 000 Mitarbeiter der Einwanderungsbehörden sei schon nächste Woche möglich, wie die »New York Times« berichtete. Das

Migration Policy Institute in Washington schätzt, dass so 3,3 Millionen seit über fünf Jahren illegal im Lande lebende Menschen Hilfe erhalten würden. Insgesamt sol-

Illegal eingewanderte Eltern, deren Kinder die US-Staatsbürgerschaft besitzen, sollen nicht mehr abgeschoben werden.

len es elf Millionen sein. Das Weiße Haus prüfe noch eine Variante, die einen Mindestaufenthalt von zehn Jahren voraussetzt.

Barack Obama will aber gleichzeitig auch den Süden der USA stärker gegen den Zustrom von Flüchtlingen aus Mittelamerika abschotten, nicht nur durch den Ausbau der Grenzanlagen. Nach Angaben der Grenzschutzbehörde

wurden von Oktober 2013 bis Ende September 2014 zum Beispiel 68 541 unbegleitete Minderjährige vor allem aus El Salvador, Honduras und Guatemala beim illegalen Übertritt festgenommen, 77 Prozent mehr als im Jahr zuvor. US-amerikanische Beamte setzen viele von ihnen wieder in Mexiko aus. Hilfsorganisationen wie Human Rights Watch warnen davor, Jugendliche, die oft aus Angst vor kriminellen Banden in die USA geflohen seien, »zurückzuschicken zu Mord, Vergewaltigung und Gewalt«.

Zur Einwanderungspolitik Obamas gehört eben auch, dass kein Präsident vor ihm so viele Menschen abschieben ließ – über zwei Millionen seit Amtsantritt. Wie Menschenrechtler kritisieren, unterstütze seine Regierung zugleich verstärkt Überwachungsprogramme in Mexiko, sodass Asylsuchende immer größere Schwierigkeiten hätten, überhaupt in die USA zu gelangen.

Handel von Nacktbildern verboten

Bundestag beschließt Reform des Sexualstrafrechts

Berlin. Schärfere Vorschriften im Kampf gegen Kinderpornografie, besserer Schutz für Kinder und Jugendliche vor Missbrauch, mehr Rechte für die Opfer: Der Bundestag hat am Freitag ein Gesetzespaket zur Reform des Sexualstrafrechts verabschiedet. Insbesondere die Vorschriften zu Nacktbildern von Kindern und Jugendlichen werden strenger geregelt als bisher. Solche Aufnahmen zu machen oder zu verbreiten, um damit Geld zu verdienen, soll künftig auch dann strafbar sein, wenn es sich nicht um Pornografie handelt. Das mögliche Strafmaß für den Besitz von Kinderpornografie wird auf drei Jahre erhöht. Außerdem werden die Mittel für die Präventionsarbeit aufgestockt. So steigen die Zuwendungen für das Netzwerk »Kein-Täter-Werden« in diesem Jahr um 148 000 Euro auf 535 000 Euro. Für 2015 und 2016 sind weitere, kleinere Erhöhungen vorgesehen.

Der Bundestag setzte überdies europarechtliche Vorgaben um. So wird der Schutz von Erwachsenen vor »Cybermobbing« ausgeweitet: Wer herabwürdigende Bilder von anderen macht oder verbreitet, kann künftig bestraft werden. Der Opferschutz soll durch eine Verlängerung der Verjährungsfristen verbessert werden. Demnach können alle schweren Sexualdelikte zukünftig nicht mehr vor der Vollendung des 50. Lebensjahres des Opfers verjähren. Es gibt allerdings Zweifel, dass sich Täter nach so langer Zeit noch überführen lassen. Aus Sicht von Frauenorganisationen versäumt Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) mit der Reform, die Strafbarkeit von Vergewaltigungen auszuweiten, wie vom Europarat gefordert. *Agenturen/nd*

Seiten 2 und 5

Gefängnisstrafe für Middelhoff

Ex-Arcandor-Manager noch im Gerichtssaal verhaftet

Essen. Nach seiner Verurteilung wegen Untreue und Steuerhinterziehung bleibt der ehemalige Arcandor-Chef Thomas Middelhoff vorerst in Untersuchungshaft. Ein Haftprüfungstermin kurz nach der Urteilsverkündung habe ergeben, dass der Haftbefehl nicht unter Auflagen außer Vollzug gesetzt werde, sagte ein Sprecher des Landgerichts Essen am Freitag. Middelhoff sollte noch im Laufe des Freitags in eine Justizvollzugsanstalt gebracht werden. Bereits kommende Woche werde es einen weiteren Haftprüfungstermin geben.

Middelhoff war nach einem über sechs Monate dauernden Prozess am Freitag zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Direkt nach der Urteilsbegründung verkündete der Vorsitzende Richter den Haftbefehl gegen den 61-Jährigen wegen Fluchtgefahr.

Das Essener Gericht hatte Middelhoff in 27 Fällen von Untreue und in drei Fällen von Steuerhinterziehung für schuldig befunden. In dem Strafverfahren ging es um diverse Flüge sowie eine Festschrift für Ex-Bertelsmann-Chef Mark Wössner, die der einstige Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzende des insolventen Handels- und Touristikkonzerns Arcandor teils über die Firma abgerechnet hatte. Wössner bezeichnete das Strafmaß für Middelhoff als »viel zu hoch«. Gemessen an anderen Wirtschaftsstrafverfahren seien die Richter über das Ziel hinausgeschossen, sagte er dem »Westfalen-Blatt«.

Der Handels- und Touristikkonzern Arcandor war 2009 mitsamt seiner Tochterfirmen wie Karstadt und Quelle in die Pleite gerutscht. Middelhoff hatte seinen Posten kurz zuvor aufgegeben. Der Vorsitzende Richter Jörg Schmitt sagte in der Urteilsbegründung, die Insolvenz habe im Strafverfahren »keine Rolle gespielt«. *Agenturen/nd*

Seite 8

ISSN 0323-3375

